

#POLITIK #VERKEHRSPOLITIK 29. Januar 2019

Gesamtkonzept statt höherer Preise!

Die EVG fordert in der aktuellen Diskussion um die Zukunft des Schienenverkehrs ein verkehrspolitisches Gesamtkonzept. Der Vorschlag, Investitionen ins Netz durch höhere Ticketpreise zu finanzieren, helfe „nicht wirklich weiter“, sagte der EVG-Vorsitzende Alexander Kirchner.



So lange Wettbewerber wie Fernbusse und Flugzeuge „Steuervorteile genießen und weiterhin mit Dumpingpreisen um Kunden werben können, kann die Eisenbahn mit einem solchen Vorschlag nur verlieren.“

Die neueste Diskussionsrunde hatte Enak Ferlemann, Staatssekretär im Verkehrsministerium und Beauftragter der Bundesregierung für den Schienenverkehr, ausgelöst. "Die Bahn könnte ihre Preise anheben oder die Sondertarife reduzieren", sagte der CDU-Politiker in einem Interview. Es könne nicht der Normalfall sein, für 19 Euro quer durch Deutschland zu

fahren. Durch die Mehreinnahmen könnten notwendige Investitionen in das Netz finanziert werden.

Zur Begründung führt Ferlemann an, dass auch Fernbusse teurer würden, "die Zeiten des ruinösen Wettbewerbs sind vorbei". Aber: Nach einer Analyse der Allianz pro Schiene sind die Preise für Zugtickets seit 2010 bereits um 16 Prozent gestiegen, die für Autofahrten um acht Prozent. Inlandsflüge sind für Verbraucher zwischen 2010 und 2018 sogar um zwei Prozent billiger geworden. Und ein großer Fernbus-Betreiber wirbt auch am Tag nach dem Ferlemann-Interview mit Kampfpreisen ab 5 Euro.

Deshalb fordert die EVG einen Masterplan Verkehr – einen Wettbewerbsrahmen, in dem die Politik anhand der Stärken eines jeden Verkehrsträgers vorgibt, welche Verkehre wo Priorität genießen sollen. Die Bundesregierung will bis 2030 die Fahrgast- und Frachtzahlen auf der Schiene verdoppeln. Dafür sind pro Jahr Investitionen ins Schienennetz von 6 bis 8 Milliarden Euro erforderlich. „Diese Milliarden-Beträge werden über eine Fahrpreiserhöhung – die nur im Fernverkehr denkbar wäre – nicht erwirtschaftet werden“, so Kirchner. Hier sei nach wie vor der Bund in der Verantwortung.